



Titov Vrv, Šar Planina, 2747 m.

MKAS – Newsletter

Mazedonien im Dezember 2006

Kein politischer Dialog ohne ausländische Schirmherrschaft?

300 Waffen unbekannter Herkunft konfisziert

Angeklagte in umstrittener Schafherdenaffäre

Kein ausländischer Staatsanwalt für Mazedonien

DUI will Verfassungsänderungen

KURZNACHRICHTEN





Kein politischer Dialog ohne ausländische Schirmherrschaft?

Ein weiteres Treffen der Regierungsparteien VMRO-DPMNE und DPA (Demokratische Partei der Albaner) sowie den Oppositionsparteien SDSM (Sozialdemokratische Union Mazedoniens) und der albanischen DUI (Demokratische Union für Integration) fand im Beisein des EU-Botschafters Erwan Fouéré und der US-Botschafterin Gillian Milovanović (Bild) statt. Die Parteivorsitzenden sollten ihre Positionen zu den prioritären Angelegenheiten der jeweiligen Parteien koordinieren. Die Tageszeitung „Utrinski vesnik“ stellte die Fähigkeit der Parteivorsitzenden in Frage gestellt, ohne internationale Unterstützung einen Dialog führen zu können. Die Stellvertretende Vorsitzende der DUI Teuta Arifi war der Meinung, die Präsenz der Vertreter von EU und USA sei nötig für das Funktionieren des Dialogs und meinte, dass ihre Partei am politischen Dialog nur in dieser Zusammensetzung teilnehmen werde. Premierminister Nikola Gruevski hingegen sprach sich für eine Fortführung ohne ausländische Schirmherren aus. Diese Forderung wird von der internationalen Gemeinschaft in Mazedonien befürwortet wurde, zeugt sie doch von politischer Eigenständigkeit.



300 Waffen unbekannter Herkunft konfisziert

Drei mit Waffen beladene Lastwagen mit bulgarischen Fahrern und Kennzeichen wurden am 18. Dezember bei der Ausfahrt aus Skopje festgehalten. Zunächst wurde von der Mazedonischen Armee bekannt gegeben, es handle sich um eine legale Fracht. Die Fahrer verfügten aber nicht über die nötigen Papiere für den Waffentransport und behaupteten, es handle sich um einen



Transport zwecks Reparatur zum „Metallwerk Tito“. Die Lastwagen sind aber nicht auf der zum Metallwerk führenden Straße angehalten worden, zudem wurde festgestellt, dass neben ein paar alten rostigen Mörsern noch 300 silbrige Packgefäße auf den LKW waren. Darin befanden sich ungebrauchte Maschinengewehre MG-3 aus deutscher Produktion – die Depotverpackungen der Bundeswehr sowie die NATO-Versorgungsnummern („12“ steht für Deutschland) waren klar erkennbar. Laut Ladepapiere sollten es nur 43 alte MG's sein. Angeblich wurden die MG's 1999 von den USA in Deutschland legal gekauft und Mazedonien als Rüstungshilfe geschenkt. Da sich

bislang diese Schenkung nicht in den Dokumenten der Armee nachweisen lässt, geht man davon aus, dass man früher oder später vorhatte, die Waffen zu verschieben. Unklar ist, wohin die Waffen gehen sollten, da als Bestimmungsland Kasachstan vermutet wird. Da dort die Munition mit dem NATO-Kaliber aber unüblich ist, könnte eventuell Pakistan in Betracht kommen, da es die gleichen Waffen in der Armee führt. Die Ermittlungsbehörden müssen nun feststellen, ob es sich um einen Waffenschmuggel zwischen Bulgarien und Mazedonien handelt.

Angeklagte in umstrittener Schafherdenaffäre

Der Schäfer Isnifaris Xhemali (Bild unten) hatte von der SDSM-Regierung 727.000 Euro Schadenersatz für die angebliche Bombardierung seiner Schafherde während des bewaffneten Konflikts 2001 erhalten. Aus dem Innenministerium wird nun bekannt gegeben, die Herde sei nie



beschädigt worden. Die Bombardierung sei von einem Kreis von Personen in öffentlichen Ämtern erfunden worden, um ein Urteil zu Gunsten von Xhemali zu erwirken, danach wurde das Geld verteilt - Xhemali selber habe lediglich 170.000 Euro erhalten. Der Direktor von T-Mobile Mazedonien, Rubin Zareski, soll in diesem Zusammenhang 26.000 Euro unterschlagen haben; knapp dreißig Personen, unter ihnen Notare, Anwälte, Richter und der Schäfer Xhemali, wurden wegen Missbrauchs öffentlicher Ämter, Betrug, Geldwäsche und Korruption in Untersuchungshaft

gebracht. Die Affäre wurde von der Staatlichen Antikorruptions-Kommission ans Licht aufgedeckt.

Kein ausländischer Staatsanwalt für Mazedonien

Premierminister Gruevski hat infolge großen Drucks von seiten der internationalen und mazedonischen Öffentlichkeit seine Idee, den Posten des Staatsanwalts mit einem erfahrenen Ausländer zu besetzen, aufgegeben. An einer Regierungssitzung wurde beschlossen, dass der Staatsanwalt gemäß des alten Gesetzes aus dem Jahr 2004 gewählt werden soll. Regierungsquellen bezeichneten den Entscheid als Einlenken Gruevskis auf das Unverständnis internationaler Diplomaten, die die Beschäftigung eines ausländischen Staatsanwalts als Vertrauensmangel in inländische Kandidaten auslegten. Außerdem verbliebe Mazedonien noch einige Zeit gänzlich ohne Staatsanwalt, weil zunächst ein neues Gesetz für die Wahl verabschiedet werden müsste.

DUI will Verfassungsänderungen

Mazedonien soll seine Prioritäten Mazedoniens definieren, lautet die Kernaussage einer Erklärung im Parlament durch die Regierung an alle Parteien. Die DUI möchte die Gelegenheit nutzen, eine Verfassungsänderung durchzubringen, um Festzuschreiben, dass bei Wahlen die jeweils stärkste mazedonische Partei mit der albanischen Siegerpartei die Regierung bilden müsse. Eigentliches Ziel der Erklärung ist die Verpflichtung von Parlament und Regierung, Reformen dahingehend weiter zu verfolgen, dass die Kriterien für einen NATO-Beitritt Mazedoniens erfüllt werden. Die Regierungspartei VMRO-DPMNE lässt verlauten, dass der Antrag der DUI nicht unmittelbar abgelehnt werden sollte, da sich die Partei erstmals seit langem konstruktiv zeige. Der Antrag sei nicht deutlich formuliert; wenn er jedoch zum klaren Ziel habe, eine Regierungsbeteiligung zu garantieren, würde er abgelehnt werden.

KURZNACHRICHTEN

- Präsident Branko Crvenkovski hat dem ehemaligen Premierminister Vlado Bučkovski ein Mandat als NATO-Botschafter angeboten. Die VMRO-DPMNE gibt bekannt, nicht hinter einem solchen Angebot stehen zu können, zumal ihre Wahlkampagne im vergangenen Juli mitunter stark darauf aufbaute, Bučkovskis Versäumnisse als Premierminister zu verdeutlichen. Inoffiziell wird das Angebot des Staatspräsidenten als Versuch gesehen, den innerparteilichen Gegenspieler in der SDSM aus seinem unmittelbaren Wirkungskreis zu entfernen, um seine politische Ziehtochter und derzeitige Parteivorsitzende Radmilla Šekerinska zu unterstützen.



- ▶ Das neue Gesetz über die Registrierung von Barzahlungen besagt, dass Kunden, die bei der Bezahlung mit Bargeld keine staatliche Quittung erhalten, dann das Recht haben, sich die Ware ohne Bezahlung anzueignen. Die staatliche Quittung bestätigt die Abführung der Mehrwertsteuer. Diese Maßnahme soll die Konsumenten dazu bewegen, eine staatliche Quittung zu verlangen und zu einer Abnahme der Mehrwertsteuerhinterziehung führen.
- ▶ Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat der ProCredit Bank Mazedonien eine Million Euro für die Förderung Kleiner und Mittlerer Unternehmen zugesprochen. 
- ▶ Das portugiesische Unternehmen Aquapura will am Prespa-See ein Touristenzentrum der Höchstklasse errichten. Die Anlage soll 50 Hektar Land umfassen und 70 Millionen Dollar kosten. Die Gemeinde Resen, der die Angelegenheit unterliegt, hat dem Projekt bereits zugestimmt, bei dem auf Naturschutz und die Erhaltung der natürlichen Schönheit des Gebiets geachtet werden soll. Der Beginn der Bauarbeiten ist für Anfang 2007 vorgesehen.
- ▶ Ab 2007 soll jedem Grund- und Mittelschüler ein Computer zur Verfügung gestellt werden können. Dies ist das erste von vier größeren Projekten der Regierung („Mein erster PC“), die zum Ziel haben, landesweit die Kompetenz im Umgang mit Informationstechnologie und mit dem Internet zu verbessern.
- ▶ Ab dem 1. Januar 2007 werden mazedonische Staatsangehörige für die Einreise in alle Staaten außer Serbien, Montenegro, die Türkei und Bosnien-Herzegowina ein Visum benötigen. Auch für das Nachbarland Bulgarien sind ab 01.01.2007 Visa erforderlich.
- ▶ Italien sei interessiert am Import von Straußenfleisch aus Mazedonien, so die Tageszeitung „Utrinski vesnik“. Die bisher dreissig Straußenfarmen Mazedoniens können die Nachfrage jedoch (noch) nicht abdecken. 

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje

Zusammengestellt:
letztmalig von Tiina Fahrni

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

22.12.2006